

Art. 4. L'inspection comprend un contrôle de la documentation, une inspection visuelle du système de climatisation, une évaluation de l'utilisation correcte du système de climatisation et le contrôle d'un certain nombre de paramètres de fonctionnement du système de climatisation.

Les systèmes de climatisation sont inspectés sur la base du tableur « Keuring-energieprestatie-airconditioningsystemen » (Inspection de la performance énergétique des systèmes de climatisation), mis à disposition sur le site web du Département de l'Environnement, de la Nature et de l'Énergie.

Art. 5. L'article 3 entre en vigueur le premier jour du cinquième mois suivant le mois de sa publication au *Moniteur belge*.

Bruxelles, le 10 février 2011.

La Ministre flamande de l'Environnement, de la Nature et de la Culture,
J. SCHAUVLIEGE

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2011 — 890

[2011/201349]

14. FEBRUAR 2011 — Programmdekret 2011

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — PERSONENBEZOGENE ANGELEGENHEITEN

Artikel 1 - Entschuldungsfonds.

Artikel 2 des Dekrets vom 14. Dezember 1992 zur Einrichtung eines Entschuldungsfonds in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch das Dekret vom 29. April 1996, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

«Der Fonds dient zur Deckung der Ausgaben, die sich aus der Entschuldung von Privatpersonen oder -haushalten ergeben, und zur Garantiedeckung von Darlehen, die im Rahmen des begleiteten Sozialkredits gewährt wurden.»

2. Nach Absatz 1 wird ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Die Regierung kann pro Kalenderjahr für alle gewährten begleiteten Sozialkredite insgesamt eine Garantie mit einem Höchstbetrag von 2.000 Euro übernehmen.»

Art. 2 - Schuldnerberatung und Entschuldung.

In Artikel 12 des Dekrets vom 29. April 1996 über Schuldnerberatung und Entschuldung wird nach dem zweiten Satz folgender Satz eingefügt:

«Die Vergabekommission erteilt Gutachten zur Ablehnung oder Gewährung eines Antrags auf eine Intervention des Entschuldungsfonds.»

Art. 3- Nicht dringender Krankentransport.

Artikel 2 des Dekrets vom 4. Juni 2007 über den nicht dringenden Krankentransport wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

«Die Anerkennung ist unbefristet.»

2. In § 4 Absatz 1 wird die Wortfolge "zur Verlängerung oder" gestrichen.

Art. 4 - Häusliche Hilfe.

Artikel 10 des Dekrets vom 16. Februar 2009 über die Dienste der häuslichen Hilfe und die Schaffung einer Beratungsstelle für die häusliche, transmurale und stationäre Hilfe wird wie folgt ersetzt:

«Art. 10 - Bezuschussung.

§ 1 - Die Regierung bestimmt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel die Höhe der Zuschussung, die Zuschussungsbedingungen und die Modalitäten, unter denen die Dienste der häuslichen Hilfe ihre Aufgaben erfüllen.

Die Regierung kann zur Festlegung der Zuschussung der in Artikel 9 erwähnten Hilfen jährliche Pauschalbeträge oder jährliche Stundenpakete für die zu erbringenden Dienstleistungsstunden beim Nutznießer festlegen. Bei der Festlegung der Höhe des Zuschusses wird den geschätzten Einnahmen des Dienstes Rechnung getragen.

Der Pauschalbetrag kann sich auf die gesamten Kosten der Organisation oder auf gewisse Personal- und/oder Funktionskosten der Organisation beziehen.

§ 2 - Sind Stundenpakete festgelegt, erfolgt die Berechnung des Zuschusses für die betroffenen Hilfen durch die Multiplikation der festgelegten Stundenpakete mit einer von der Regierung festgelegten Stundenpauschale. Die Stundenpauschale für die entsprechenden Hilfen bezieht sich auf alle mit der Hilfeleistung in Verbindung stehenden Kosten der Organisation.

Die Regierung kann die jährlichen Stundenpakete im Laufe des betreffenden Jahres bei entsprechendem Bedarf abändern.

§ 3 - Erreicht der bezuschusste Dienst in einem Kalenderjahr das in Anwendung von § 2 festgelegte Stundenpaket nicht oder kann er die Kosten für den in Anwendung von § 1 festgelegten Pauschalbetrag nicht belegen, fordert die Regierung den Betrag von jeder nicht geleisteten Stunde bzw. von allen nicht belegten Kosten im darauffolgenden Jahr zurück oder verrechnet diesen Betrag mit dem Zuschuss für das darauffolgende Kalenderjahr.»

KAPITEL 2 — KULTURELLE ANGELEGENHEITEN

Art. 5 - BRF.

Artikel 1 Absatz 3 des Dekrets vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird gestrichen.

Art. 6 - Geschäftsführungsvertrag mit dem BRF.

Artikel 1bis desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 16. Oktober 1995 und abgeändert durch die Dekrete vom 3. Februar 2003 und vom 8. November 2004, wird zu Artikel 1.9.

Art. 7 - Auftrag des BRF.

Nach Artikel 1 desselben Dekrets werden acht neue Artikel mit folgendem Wortlaut eingefügt. Es handelt sich dabei um die Artikel 1.1 bis 1.8:

«Art. 1.1 - Das Zentrum ist mit folgenden Aufgaben beauftragt:

1. der Veranstaltung von linearen audiovisuellen Mediendiensten;
2. der Bereitstellung von mit der Tätigkeit gemäß Nummer 1 in Zusammenhang stehenden nichtlinearen audiovisuellen Mediendiensten;
3. dem Betrieb von technischen Einrichtungen, die für die Veranstaltung von linearen audiovisuellen Mediendiensten oder für die Bereitstellung von nichtlinearen audiovisuellen Mediendiensten notwendig sind;
4. allen Geschäften und Maßnahmen, die für die Tätigkeiten gemäß den Nummern 1 bis 3 oder für die Vermarktung dieser Tätigkeiten geboten sind.

Art. 1.2 - Das Zentrum sorgt nach Maßgabe der technischen Entwicklung und der wirtschaftlichen Tragbarkeit dafür, dass in Bezug auf Programm- und Empfangsqualität alle Bewohner des deutschen Sprachgebiets gleichmäßig und ständig mit zwei linearen auditiven Mediendiensten und einem linearen televisuellen Mediendienst versorgt werden. Es sorgt darüber hinaus dafür, dass deutschsprachige Bewohner außerhalb des deutschen Sprachgebiets mit mindestens einem linearen auditiven und einem linearen televisuellen Mediendienst versorgt werden. Zum Versorgungsauftrag zählt auch die Bereitstellung von mit linearen Mediendiensten im Zusammenhang stehenden nichtlinearen Mediendiensten gemäß Artikel 1.4.

Art. 1.3 - Das Zentrum hat durch die Gesamtheit seiner gemäß Artikel 1.2 verbreiteten Mediendienste folgenden Kernauftrag:

1. die umfassende Information der Bevölkerung über alle wichtigen politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Fragen;
2. die Förderung des Verständnisses für alle Fragen des demokratischen Zusammenlebens;
3. die Förderung der Identität der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Blickwinkel der europäischen Geschichte und Integration;
4. die Förderung des Verständnisses für die europäische Integration;
5. die Vermittlung und Förderung von Kultur, Kunst, Sprache und Wissenschaft;
6. die angemessene Berücksichtigung und Förderung der künstlerischen und kreativen Produktion in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
7. die Vermittlung eines vielfältigen kulturellen Angebots;
8. die Darbietung von Unterhaltung;
9. die angemessene Berücksichtigung aller Altersgruppen;
10. die angemessene Berücksichtigung der Anliegen behinderter Menschen einschließlich der Bewusstseinsbildung zur Integration behinderter Menschen in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz;
11. die angemessene Berücksichtigung der Anliegen der Familien und der Kinder sowie der Gleichberechtigung von Frauen und Männern;
12. die angemessene Berücksichtigung der Bedeutung der verschiedenen anerkannten Kulte und anerkannten nichtkonfessionellen weltanschaulichen Gemeinschaften;
13. die Verbreitung und Förderung von Jugend-, Schul- und Erwachsenenbildung und die Förderung der Medienkompetenz;
14. die Information über Themen der Gesundheit und des Natur-, Umwelt- sowie Verbraucherschutzes unter Berücksichtigung der Förderung des Verständnisses über die Prinzipien der Nachhaltigkeit;
15. die Förderung des Interesses der Bevölkerung an aktiver sportlicher Betätigung;
16. die Information über die Bedeutung, Funktion und Aufgaben der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
17. die Förderung des Verständnisses für wirtschaftliche, soziale, ökologische und kulturelle Zusammenhänge;
18. die angemessene Berücksichtigung und Förderung sozialer und humanitärer Aktivitäten.

In Erfüllung seines Auftrags stellt das Zentrum ein differenziertes Angebot von Information, Kultur, Unterhaltung und Sport für alle bereit. Das Angebot orientiert sich an der Vielfalt der Interessen aller Hörer und Zuschauer und berücksichtigt sie in ausgewogener Art und Weise. Die Anteile am Gesamtprogramm stehen in einem angemessenen Verhältnis zueinander.

Art. 1.4 - Zur Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Kernauftrags gemäß Artikel 1.3 stellt das Zentrum auch ein nichtlineares Angebot bereit, das insbesondere sendungsbegleitende und in direktem Zusammenhang mit seinen linearen Mediendiensten stehende Inhalte umfasst. Dieses nichtlineare Angebot beinhaltet nach Maßgabe der technischen Entwicklung und der wirtschaftlichen Tragbarkeit:

1. Informationen über das Zentrum und seine gemäß Artikel 1.2 veranstalteten linearen audiovisuellen Mediendienste und bereitgestellten nichtlinearen audiovisuellen Mediendienste;
2. eine tagesaktuelle Überblicksberichterstattung;
3. einen Abrufdienst für die Sendungen, die über die in Artikel 1.2 genannten linearen audiovisuellen Mediendienste ausgestrahlt werden.

Art. 1.5 - Das Zentrum stellt nach Maßgabe der technischen Entwicklung und der wirtschaftlichen Tragbarkeit über das Angebot gemäß Artikel 1.4 hinaus weitere nichtlineare Angebote bereit, die einen wirksamen Beitrag zur Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Kernauftrags gemäß Artikel 1.3 leisten. Darunter fallen auch Abrufdienste. Solche Angebote dürfen nur nach Erstellung eines Angebotskonzepts erbracht werden. Sind die Voraussetzungen des Artikel 1.6 erfüllt, wird eine Auftragsvorprüfung gemäß den Artikeln 1.6 bis 1.8 durchgeführt.

Folgende Online-Angebote dürfen nicht im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Auftrags bereitgestellt werden:

1. Anzeigenportale, Anzeigen oder Kleinanzeigen;
2. Branchenregister und -verzeichnisse;
3. Preisvergleichsportale sowie Berechnungsprogramme, wie Preisrechner und Versicherungsrechner;
4. Bewertungsportale für Dienstleistungen, Einrichtungen und Produkte, soweit kein Bezug zu einer konkreten Sendung oder zu einem konkreten Angebotsinhalt besteht;
5. Partner- und Kontaktbörsen;
6. Tauschbörsen, sofern sie nicht wohltätigen Zwecken dienen;
7. Business-Networks;
8. Telekommunikationsdienstleistungen einschließlich Access Providing;
9. Erotikangebote;
10. das Inrechnungstellen für Dritte;
11. Glücksspiele und Wetten;
12. Softwareangebote, soweit nicht zur Wahrnehmung des eigenen Angebots erforderlich;
13. Routenplaner, ausgenommen im Zusammenhang mit Verkehrsinformationen;
14. Musikdownload von kommerziellen Fremdproduktionen;
15. Spiele und Unterhaltungsangebote, die keinen Sendungs- oder Angebotsbezug haben;
16. SMS-Dienste, ausgenommen solche, die sich auf die eigenen audiovisuellen Mediendienste beziehen oder sendungsbegleitend sind;
17. Suchdienste, ausgenommen solche, die sich auf die eigenen audiovisuellen Mediendienste beziehen;
18. Online-Auktionen, ausgenommen nicht-kommerzielle Auktionen für gemeinnützige Zwecke;
19. E-Commerce und E-Banking;
20. Klingeltöne und E-Cards;
21. Fotodownload ohne Sendungsbezug;
22. Veranstaltungskalender, soweit sie nicht Angebote gemäß Artikel 1.4 und Artikel 1.5 Absatz 1 begleiten und kein umfassendes und eigenständiges Angebot darstellen;
23. Foren und Chats;
24. Verlinkungen, die nicht der Verbreitung, Ergänzung, Vertiefung oder Erläuterung eines Eigeninhalts, auch von Beteiligungsunternehmen, dienen. Diese dürfen nicht unmittelbar zu Kaufaufforderungen führen;
25. Fach- und Zielgruppenangebote, die in Form und Inhalt über ein Angebot von allgemeinem Interesse hinausgehen, soweit es sich nicht um sendungsbegleitende Angebote handelt; zulässig sind jedenfalls Angebote zu wohltätigen Zwecken;
26. Ratgeberportale ohne Sendungsbezug.

Redaktionell begleitete, nicht-ständige Angebote zur Übermittlung oder Veröffentlichung von Inhalten durch Nutzer in inhaltlichem Zusammenhang mit gesendeten Fernseh- oder Hörfunkprogrammen sind zulässig. Voraussetzung für die Veröffentlichung von Nutzerinhalten in solchen Angeboten ist die Registrierung des Nutzers unter Angabe von Vor- und Nachname und der Wohnadresse. Die Registrierung ist nur zulässig, wenn der Nutzer ohne Zwang und in Kenntnis der Sachlage für den konkreten Fall in die Verwendung seiner Daten ausdrücklich eingewilligt hat. Das Zentrum hat Nutzer bei begründetem Verdacht auf unrichtige Registrierungsangaben zum Nachweis der Richtigkeit der Angaben binnen angemessener Frist bei sonstiger Löschung des Registrierungsprofils aufzufordern und Nutzer mit offenkundig unrichtigen Angaben von vornherein von der Registrierung auszuschließen. Die bei der Registrierung übermittelten Daten dürfen zu keinem über die Registrierung hinausgehenden Zweck verwendet werden. Auf Verlangen des Nutzers sind sämtliche Daten, einschließlich des Registrierungsprofils, zu löschen.

Art. 1.6 - Eine Auftragsvorprüfung ist dann durchzuführen, wenn das Zentrum ein neues nichtlineares Angebot im Sinne des Absatzes 2 anzubieten beabsichtigt.

Als neue Angebote gelten:

1. audiovisuelle Mediendienste gemäß Artikel 1.2, die erstmals veranstaltet oder bereitgestellt werden und sich wesentlich von den vom Zentrum aufgrund der Artikel 1.2 bis 1.4 bereits zum Zeitpunkt der Auftragsvorprüfung erbrachten audiovisuellen Mediendiensten unterscheiden, oder
2. bestehende audiovisuelle Mediendienste gemäß Artikel 1.2, die so geändert werden, dass sich das geänderte Programm oder Angebot voraussichtlich wesentlich vom bestehenden audiovisuellen Mediendienst unterscheiden wird.

Ein wesentlicher Unterschied im Sinne des Absatzes 2 liegt insbesondere vor:

1. wenn sich die Angebote durch ihren Inhalt, die Form ihrer technischen Nutzbarkeit oder ihres Zugangs wesentlich von den bestehenden audiovisuellen Mediendiensten gemäß Artikel 1.2 unterscheiden oder
2. wenn die Angebote eine wesentlich andere Zielgruppe ansprechen als bestehende audiovisuelle Mediendienste gemäß Artikel 1.2.

Maßgeblich für die Beurteilung, ob eine wesentliche Änderung im Sinne von Absatz 3 vorliegt, sind insbesondere das Angebotskonzept, soweit ein solches besteht, die Programmpläne und die Jahressende- und Jahresangebotsschemen.

Ein neues Angebot darf vor Erteilung einer Genehmigung gemäß Artikel 1.8 nicht erbracht werden.

Art. 1.7 - Das Zentrum arbeitet für die Auftragsvorprüfung einen Vorschlag für ein neues Angebot mit folgendem Inhalt aus:

1. einem Angebotskonzept;
2. einer detaillierten Begründung, weshalb das neue Angebot im Unternehmensgegenstand liegt und zur wirksamen Erbringung des öffentlich-rechtlichen Kernauftrags sowie der besonderen Aufträge zweckmäßig erscheint;
3. einer Darstellung der Finanzierung des neuen Angebots und
4. einer Darstellung der voraussichtlichen Auswirkungen des neuen Angebots auf die Wettbewerbssituation auf dem jeweils für das Angebot relevanten Markt sowie auf die Angebotsvielfalt für Zuschauer, Hörer oder Nutzer.

Der Vorschlag für das neue Angebot wird vom Zentrum dem Medienrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt sowie auf dessen Website leicht auffindbar, unmittelbar und für die Dauer der Konsultation ständig zugänglich gemacht. Dabei wird darauf aufmerksam gemacht, dass alle vom geplanten Angebot Betroffenen binnen einer angemessenen, mindestens zweiwöchigen Frist Stellung nehmen können. Die erhaltenen Stellungnahmen werden, soweit sie nicht vertrauliche Daten enthalten, vom Zentrum auf seiner Website veröffentlicht.

Sofern das Zentrum nicht vom neuen Angebot absieht, übermittelt es den Vorschlag, die Stellungnahmen sowie eventuell aufgrund der Stellungnahmen vorgenommene Änderungen des Angebotskonzepts nach Ende der Frist gemäß Absatz 2 dem Medienrat und beantragt die Genehmigung des neuen Angebots.

Der Medienrat kann die föderale Wettbewerbsbehörde bitten, Stellung zu den voraussichtlichen Auswirkungen des neuen Angebots auf die Wettbewerbssituation anderer in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätiger Medienunternehmen zu nehmen.

Art. 1.8 - Der Medienrat genehmigt das neue Angebot innerhalb von vier Wochen nach Ende der in Artikel 1.7 genannten Konsultation, wenn es den Vorgaben dieses Dekrets entspricht und:

1. zu erwarten ist, dass das neue Angebot zur Erfüllung der sozialen, demokratischen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung und zur wirksamen Erbringung des öffentlich-rechtlichen Kernauftrags, insbesondere zur Erreichung der in Artikel 1.3 genannten Ziele, beiträgt und

2. nicht zu erwarten ist, dass das neue Angebot negative Auswirkungen auf die Wettbewerbssituation auf dem jeweils für das Angebot relevanten Markt und auf die Angebotsvielfalt für Zuschauer, Hörer und Nutzer haben wird, die im Vergleich zu dem durch das neue Angebot bewirkten Beitrag zur Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Kernauftrags unverhältnismäßig sind.

Eine Genehmigung gemäß Absatz 1 ist unter Auflagen zu erteilen, soweit diese erforderlich sind, um die Auswirkungen des neuen Angebots auf die Wettbewerbssituation auf dem jeweils für das Angebot relevanten Markt oder die Angebotsvielfalt für Zuschauer, Hörer und Nutzer auf ein Ausmaß zu reduzieren, das mit Absatz 1 Nummer 2 vereinbar ist. Auflagen können insbesondere die technische Ausgestaltung und Nutzbarkeit des Angebots und die vom Angebot erfassten Inhaltskategorien betreffen. Sie können auch zur Absicherung von im Rahmen des Angebotskonzepts gemachten inhaltlichen Zusagen des Zentrums erteilt werden. Konkrete Inhalte des neuen Angebots dürfen nicht im Wege von Auflagen vorgeschrieben werden.

Im Rahmen der Beurteilung gemäß den Absätzen 1 und 2 berücksichtigt der Medienrat insbesondere:

1. das bestehende im öffentlich-rechtlichen Auftrag gelegene Angebot;
2. das existierende, mit dem geplanten Angebot vergleichbare Angebot anderer auf dem Medienmarkt tätiger Medienunternehmen;
3. die besonderen Anforderungen und einen deshalb zu erwartenden Mehrwert des neuen Angebots gegenüber ansonsten vergleichbaren anderen Angeboten auf dem Medienmarkt;
4. eine eventuell durch das neue Angebot bewirkte Förderung der deutschen Sprache und Kultur sowie die Notwendigkeit, in den Programmbereichen gemäß Artikel 1.3 Absatz 1 über ein spezifisch regional geprägtes Medienangebot zu verfügen, sofern das vom Zentrum vorgeschlagene Angebot eine solche Prägung voraussichtlich aufweisen wird;
5. eventuelle positive Wettbewerbsauswirkungen des neuen Angebots insbesondere aufgrund seiner im Vergleich zu existierenden Medienangeboten innovativen journalistischen oder technischen Ausgestaltung;
6. eventuelle positive Auswirkungen des neuen Angebots auf die Angebotsvielfalt für Zuschauer, Hörer und Nutzer;
7. die Stellungnahmen gemäß Artikel 1.7 Absatz 4.

Das Zentrum macht das Angebotskonzept samt Genehmigung durch den Medienrat auf seiner Website leicht auffindbar und für die Dauer seiner Gültigkeit ständig zugänglich.»

Art. 8 - Zusammenarbeit mit anderen Rundfunk- und Fernsehanstalten.

In Artikel 5 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 16. Oktober 1995, wird folgender Satz eingefügt:

«Insbesondere sichert es eine enge Zusammenarbeit mit den anderen belgischen und ausländischen Rundfunk- und Fernsehanstalten.»

Art. 9 - Amateurlustvereinigungen und Kammermusikensembles.

Artikel 2 § 1 Nummer 2 des Dekrets vom 28. Juni 1988 über die Einstufung und Bezuschussung von Amateurlustvereinigungen und Kammermusikensembles, abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2008, wird wie folgt ersetzt:

«2. keine Gewinnerzielungsabsichten verfolgen;».

Art. 10 - Tourismus.

Artikel 1 des Dekrets vom 23. November 1992 über Ferienwohnungen, Gästezimmer und Bed and Breakfast, abgeändert durch das Dekret vom 27. April 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1bis wird die Wortfolge "Pro Antragsteller dürfen nicht mehr als fünf Gästezimmer betrieben werden" gestrichen;

2. In Nummer 1ter wird die Wortfolge "Pro Besitzer dürfen nicht mehr als fünf Unterkünfte "Bed and Breakfast" betrieben werden" gestrichen.

Art. 11 - Sport.

In Artikel 42 Absatz 1 des Sportdekrets vom 19. April 2004 wird folgende Nummer 5 eingefügt:

«5. die an die Regierung gerichtete Empfehlung, Diplome aus dem Sportbereich zu beglaubigen und andere inländische oder ausländische Diplome aus dem Sportbereich gleichzustellen.»

KAPITEL 3 — DENKMALSCHUTZ

Art. 12 - Sonderregelung zum Schutzbereich.

In das Dekret vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen, abgeändert durch das Dekret vom 15. März 2010, wird folgender Artikel 8.1 eingefügt:

«Artikel 8.1 - Sonderregelung zum Schutzbereich.

§ 1 - Die Regierung kann Unterschutzstellungen ohne spezifisch festgelegten Schutzbereich, die bis zum 31. Dezember 2008 in Kraft getreten sind, um einen solchen ergänzen.

Der Erlassentwurf zur Eintragung eines Schutzbereichs wird gleichzeitig folgenden Personen und Einrichtungen zur Begutachtung vorgelegt:

1. der Kommission;

2. dem zuständigen Gemeindegremium zwecks Bekanntmachung durch Aushang und Veröffentlichung in mindestens einer Tageszeitung und einem kostenlos verteilten Anzeigenblatt binnen einer Frist von fünfzehn Kalendertagen nach Empfang der Mitteilung mit dem Vermerk einer Frist von fünfzehn Kalendertagen zur Übermittlung von Anmerkungen. Letztere sind an die Gemeinde zu richten. Während der gesamten Zeit des Aushangs ist die komplette Akte bei der Gemeindeverwaltung einsehbar, die sich für Erläuterungen zur Verfügung hält. Das Gemeindegremium übermittelt seinen Bericht über diese Anmerkungen mitsamt seines Gutachtens innerhalb der in Absatz 4 vorgesehenen Frist.

Der Antrag auf Begutachtung enthält:

1. die Angabe der Gründe, die die Eintragung des Schutzbereichs rechtfertigen;
2. eine Beschreibung des Schutzbereichs;
3. einen Katasterplan mit Einzeichnung des geschützten Gutes und seines Schutzbereichs;
4. aktuelle Fotos.

Die Frist für die Abgabe der verschiedenen Gutachten beträgt sechzig Kalendertage und beginnt an dem Datum, an dem der Erlass zur Eintragung eines Schutzbereichs übermittelt wurde. Geht innerhalb dieser Frist kein Gutachten ein, kann das Verfahren fortgesetzt werden.

§ 2 - Der Erlass zur Eintragung eines Schutzbereichs enthält im Anhang einen Lageplan, der den Schutzbereich des geschützten Gutes festlegt.

Zur Erfüllung der Informationspflicht gemäß Artikel 13 § 2 Absatz 2 wird der Erlass zur Eintragung eines Schutzbereichs dem zuständigen Gemeindegremium übermittelt.

Das Gemeindegremium informiert die Eigentümer der sich im Schutzbereich befindlichen Güter.

Zur Information wird der Erlass zur Eintragung eines Schutzbereichs der Kommission, dem Provinzkollegium, der Regierung der Wallonischen Region und dem Eigentümer des geschützten Gutes übermittelt.

§ 3 - Der Erlass zur Eintragung des Schutzbereichs wird beim Hypothekenamt eingetragen.»

Art. 13 - Archäologische Sondierungen oder Ausgrabungen.

In Artikel 26 Absatz 2 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 15. März 2010, wird das Wort "Stätte" durch die Wortfolge "Ausgrabung oder archäologische Sondierung" ersetzt.

Art. 14 - Strafbestimmung.

In Artikel 43 Absatz 1 desselben Dekrets werden folgende Nummern 6 und 7 eingefügt:

«6. wer archäologische Sondierungen oder Ausgrabungen ohne die in Artikel 26 vorgesehene Erlaubnis oder entgegen den darin enthaltenen Vorschriften durchführt;

7. wer nicht der in Artikel 34 vorgesehenen Meldepflicht nachkommt.»

Art. 15 - Gerichtspolizeioffiziere.

Artikel 46 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort "mündlich" gestrichen und nach der Wortfolge "ohne Denkmalgenehmigung" wird die Wortfolge "bzw. ohne Grabungsgenehmigung" eingefügt;

2. in Absatz 2 wird die Wortfolge "fünf Tagen" durch die Wortfolge "sieben Kalendertagen" ersetzt.

KAPITEL 4 — VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN

Art. 16 - Infrastruktur.

In das Dekret zur Infrastruktur vom 18. März 2002, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 15. März 2010, wird in Kapitel I Abschnitt 1 folgender Artikel *3quater* eingefügt:

«Art. *3quater* - Öffentlich-Private Partnerschaft.

Wenn sich ein Antragsteller einem Infrastrukturprojekt der Regierung im Rahmen einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft anschließt, werden die Modalitäten seiner finanziellen Beteiligung im Rahmen einer Konvention geregelt. Dabei ist gewährleistet, dass dem Antragsteller keine höheren Kosten entstehen, als dies bei einer Bezuschussung aufgrund des vorliegenden Dekrets der Fall wäre.»

Art. 17 - Ausgewogene Vertretung in beratenden Gremien.

Artikel 5 des Dekrets vom 3. Mai 2004 zur Förderung der ausgewogenen Vertretung von Männern und Frauen in beratenden Gremien wird wie folgt ersetzt:

«Art. 5 - Bericht an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Regierung legt dem Parlament im jeweils letzten Jahr der Legislaturperiode einen Bericht über die Anwendung des vorliegenden Dekrets vor.»

Art. 18 - Gemeindefinanzierung.

Artikel 11 des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfzentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft wird wie folgt ersetzt:

«Art. 11 - Betrag.

§ 1 - Die Gesamtdotation für die Basisförderung von Kultur-, Folklore-, Sport- und Freizeitvereinigungen sowie öffentlichen Bibliotheken beträgt 428.000 Euro.

Dieser Betrag wird wie folgt unter den Gemeinden aufgeteilt:

Gemeinde	Kultur- und Folklorevereinigungen	Sport- und Freizeitvereinigungen	Öffentliche Bibliotheken	Total
Amel	15.500 EUR	15.000 EUR	11.000 EUR	41.500 EUR
Büllingen	17.500 EUR	19.500 EUR	9.500 EUR	46.500 EUR
Burg-Reuland	16.500 EUR	4.000 EUR	4.500 EUR	25.000 EUR
Bütgenbach	15.000 EUR	29.500 EUR	11.000 EUR	55.500 EUR
Eupen	18.500 EUR	55.000 EUR	17.000 EUR	90.500 EUR
Kelmis	11.500 EUR	25.000 EUR	6.000 EUR	42.500 EUR
Lontzen	5.000 EUR	8.000 EUR	1.000 EUR	14.000 EUR
Raeren	12.000 EUR	20.000 EUR	7.000 EUR	39.000 EUR
Sankt Vith	25.500 EUR	31.000 EUR	17.000 EUR	73.500 EUR
Total	137.000 EUR	207.000 EUR	84.000 EUR	428.000 EUR

Ab dem Haushaltsjahr 2010 werden diese Beträge jährlich indiziert.

§ 2 - Die Dotation für Sport- und Freizeitvereinigungen umfasst für die Gemeinde Eupen 6.000 Euro und für die Gemeinde Sankt Vith 2.500 Euro, die ausschließlich zur Förderung der Seniorenstätten in diesen Gemeinden dienen.»

Art. 19 - Ombudsmann.

Artikel 2 Absatz 1 Nummern 4-6 des Dekrets vom 26. Mai 2009 zur Schaffung des Amtes eines Ombudsmanns für die Deutschsprachige Gemeinschaft sind aufgehoben.

Art. 20 - Ombudsmann.

Artikel 3 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. § 2 ist aufgehoben;

2. § 3, der zu § 2 wird, wird wie folgt ersetzt:

«§ 2 - Der Ombudsmann ist nicht dafür zuständig, Beschwerden in Bezug auf gesetzliche Bestimmungen zu behandeln.»

Art. 21 - Haushaltsordnung.

In Artikel 65 § 1 Absatz 2 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird das Wort "ohne" jeweils durch die Wortfolge "ohne oder mit" ersetzt.

KAPITEL 5 — SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 22 - Inkrafttreten.

Vorliegendes Dekret tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2011 in Kraft mit Ausnahme von:

1. Artikel 7, der mit Wirkung vom 1. November 2010 in Kraft tritt;
2. Artikel 14, der mit Wirkung vom 20. Dezember 2010 in Kraft tritt.

Art. 23 - Aufhebungsbestimmung.

Sind aufgehoben:

1. der Erlass der Exekutive vom 18. September 1985 betreffend die Unterstützung von Initiativen, die zur Förderung des Familienlebens und der Gesundheitsfürsorge beitragen;
2. der Erlass der Exekutive vom 23. August 1988 zur Bewilligung eines Förderungskredits an Familien- und Seniorenhilfsdienste;
3. der Erlass der Exekutive vom 23. August 1988 zur Festlegung der Bezuschussung der Koordinationsveranstaltungen für anerkannte Familien- und Seniorenhilfsdienste, abgeändert durch die Erlasse vom 17. Dezember 1998 und vom 29. März 2000;
4. der Erlass der Exekutive vom 23. August 1988 zur Festlegung der Bezuschussung der Weiterbildungsveranstaltungen für anerkannte Familien- und Seniorenhilfsdienste, abgeändert durch die Erlasse vom 10. Dezember 1997 und vom 17. Dezember 1998;

5. der Erlass der Exekutive vom 23. August 1988 zur Festlegung der Modalitäten für den Antrag auf Zuschuss für anerkannte Familien- und Seniorenhilfsdienste;

6. der Erlass der Exekutive vom 23. August 1988 zur Festlegung des Pauschalbetrages pro Stunde der Beteiligung an den anerkannten Lohn- und Funktionskosten der Familien- und Seniorenhilfsdienste, abgeändert durch den Erlass vom 22. Juni 2001.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 14. Februar 2011

K.-H. LAMBERTZ
Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden
O. PAASCH
Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung
Frau I. WEYKMANS
Ministerin für Kultur, Medien und Tourismus
H. MOLLERS
Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

Fußnote

Sitzungsperiode 2010-2011

Nummerierte Dokumente: 60 (2010-2011) - Nr. 1 Dekretvorschlag.

60 (2010-2011) - Nrn. 2-4 Abänderungsvorschläge.

60 (2010-2011) - Nr. 5 Bericht.

60 (2010-2011) - Nr. 6 Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuss angenommenen Text.

Ausführlicher Bericht: 14. Februar 2011 - Nr. 21 Diskussion und Abstimmung.

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2011 — 890

[2011/201349]

14 FEVRIER 2011. — Décret-programme 2011

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — MATIERES PERSONNALISABLES

Article 1^{er}. Fonds pour l'apurement de dettes.

A l'article 2 du décret du 14 décembre 1992 portant création d'un Fonds pour l'apurement de dettes en Communauté germanophone, modifié par le décret du 29 avril 1996, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le premier alinéa est remplacé par ce qui suit :

« Le Fonds sert à couvrir les dépenses découlant de l'apurement de dettes encourues par des personnes ou ménages privés et la garantie d'emprunts consentis dans le cadre du crédit social accompagné. »

2^o L'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par année civile, le Gouvernement peut prendre en charge une garantie totale plafonnée à 2.000 euros pour tous les crédits sociaux accompagnés consentis. »

Art. 2. Médiation et apurement de dettes.

L'article 12 du décret du 29 avril 1996 concernant la médiation et l'apurement de dettes est complété par la phrase suivante :

« La Commission de répartition émet un avis quant au rejet ou à l'acceptation d'une demande d'intervention du Fonds d'apurement de dettes. »

Art. 3. Transport non urgent de patients.

A l'article 2 du décret du 4 juin 2007 relatif au transport non urgent de patients les modifications suivantes sont apportées :

1^o le § 1^{er}, alinéa 3, est remplacé par ce qui suit :

« L'agrément est octroyé pour une durée indéterminée. »

2^o au § 4, alinéa 1^{er}, les mots "l'octroi ou" sont abrogés.

Art. 4. Aide à domicile.

L'article 10 du décret du 16 février 2009 concernant les services d'aide à domicile et créant un bureau de consultation pour l'aide à domicile, semi-résidentielle et résidentielle est remplacé par ce qui suit :

« Art. 10. Subventionnement.

§ 1^{er}. Le Gouvernement détermine, dans les limites des crédits budgétaires disponibles, le montant du subside, les conditions de subventionnement et les modalités selon lesquelles les services d'aide à domicile remplissent leurs missions.

Pour déterminer le subventionnement des aides mentionnées à l'article 9, le Gouvernement peut fixer des forfaits annuels ou un contingent annuel d'heures pour les heures de prestation à fournir chez le bénéficiaire. Lors de la fixation du montant du subside, les recettes estimées du service sont prises en considération.

Le montant forfaitaire peut se rapporter soit à l'ensemble des coûts organisationnels soit à certains coûts de personnel et/ou de fonctionnement de l'organisation.

§ 2. Si des contingents d'heures sont fixés, le calcul du subside s'opère, pour les aides concernées, en multipliant les contingents fixés par un forfait d'heures déterminé par le Gouvernement. Le forfait d'heures pour les aides correspondantes se rapporte à tous les coûts de l'organisation en rapport avec lesdites aides.

Si besoin est, le Gouvernement peut modifier les contingents annuels d'heures au cours de l'année en question.

§ 3. Si, pour une année civile, le service subsidié n'atteint pas le contingent d'heures fixé en application du § 2 ou ne peut justifier les frais pour le montant forfaitaire fixé en application du § 1^{er}, le Gouvernement exige l'année suivante le remboursement du montant de chaque heure non prestée ou de tous les frais non justifiés ou déduit ce montant du subside pour l'année civile suivante."

CHAPITRE 2. — MATIERES CULTURELLES

Art. 5. BRF.

L'article 1^{er}, alinéa 3, du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone est abrogé.

Art. 6. Contrat de gestion conclu avec le BRF.

L'article 1bis du même décret, inséré par le décret du 16 octobre 1995 et modifié par les décrets des 3 février 2003 et 8 novembre 2004, devient l'article 1.9.

Art. 7. Mission du BRF.

Après l'article 1^{er} du même décret sont insérés huit nouveaux articles. Il s'agit des articles 1.1 à 1.8., rédigés comme suit :

« Art. 1.1 - Le Centre a les missions suivantes :

- 1° organiser des services de médias audiovisuels linéaires;
- 2° mettre à disposition des services de médias audiovisuels non linéaires en rapport avec l'activité visée au 1°;
- 3° faire fonctionner les installations techniques nécessaires pour organiser des services de médias audiovisuels linéaires ou pour mettre à disposition des services de médias audiovisuels non linéaires;
- 4° conclure toutes les affaires et prendre toutes les mesures requises pour les activités visées aux points 1° à 3° ou pour leur commercialisation.

Art. 1.2. Tout en respectant l'évolution technique et la viabilité économique, le Centre veille - en ce qui concerne la qualité des programmes et de la réception - à ce que deux services sonores linéaires et un service télévisuel linéaire soient fournis de façon uniforme et permanente à tous les habitants de la région de langue allemande. En outre, il veille à ce qu'au moins un service sonore linéaire et un service télévisuel linéaire soient fournis aux habitants germanophones en dehors de la région de langue allemande. La mise à disposition de services de médias non linéaires en relation avec des services de médias linéaires conformément à l'article 1.4 relève également de la mission de service public.

Art. 1.3. Par le biais de tous les services de médias qu'il diffuse conformément à l'article 1.2, le Centre a pour mission de base :

- 1° d'informer de manière détaillée la population sur toutes les questions d'ordre politique, social, économique, culturel et sportif;
- 2° de promouvoir la compréhension de toutes les questions relatives à la société démocratique;
- 3° de promouvoir l'identité de la Communauté germanophone sous l'angle de l'histoire et de l'intégration européenne;
- 4° de promouvoir la compréhension de l'intégration européenne;
- 5° de transmettre et promouvoir la culture, l'art, la langue et les sciences;
- 6° de tenir dûment compte de la production artistique et créative en Communauté germanophone et de promouvoir celle-ci;
- 7° de transmettre une offre culturelle multiple;
- 8° d'offrir du divertissement;
- 9° de tenir dûment compte de toutes les catégories d'âge;
- 10° de tenir dûment compte des attentes des personnes handicapées, y compris la prise de conscience quant à leur intégration sociale et professionnelle;
- 11° de tenir dûment compte des attentes des familles et des enfants ainsi que de l'égalité entre hommes et femmes;
- 12° de tenir dûment compte de l'importance des différents cultes reconnus et des communautés philosophiques non confessionnelles reconnues;
- 13° d'élargir et soutenir la formation des jeunes, la formation scolaire et la formation des adultes, et de promouvoir la compétence en matière de médias;
- 14° d'informer sur des thèmes relatifs à la santé, à la protection de la nature, de l'environnement et du consommateur, en tenant compte de la promotion de la compréhension des principes du développement durable;
- 15° promouvoir l'intérêt de la population pour l'activité sportive;
- 16° d'informer sur la signification, la fonction et les missions de la Communauté germanophone;
- 17° de promouvoir la compréhension des rapports économiques, sociaux, écologiques et culturels;
- 18° de tenir dûment compte des activités sociales et humanitaires et de promouvoir ces activités.

Pour remplir sa mission, le Centre met à la disposition de tous une offre différenciée d'information, de culture, de divertissement et de sport. L'offre s'oriente d'après les intérêts divers de tous les auditeurs et spectateurs et en tient compte de manière équilibrée. Sur l'ensemble des programmes, les différentes contributions sont équilibrées.

Art. 1.4. Pour remplir sa mission de base de droit public conformément à l'article 1.3, le Centre met aussi à disposition une offre non linéaire comprenant surtout des contenus connexes et en rapport direct avec son service de médias linéaires. Tout en respectant l'évolution technique et la viabilité économique, cette offre non linéaire comprend :

- 1° des informations sur le Centre, les services de médias audiovisuels linéaires qu'il organise et les services de médias audiovisuels non linéaires qu'il met à disposition, et ce conformément à l'article 1.2;
- 2° un compte rendu de l'actualité du jour;
- 3° un service à la demande pour les programmes diffusés par les services de médias audiovisuels linéaires mentionnés à l'article 1.2.

Art. 1.5. Tout en respectant l'évolution technique et la viabilité économique, le centre met à disposition - en plus de l'offre proposée conformément à l'article 1.4 - d'autres offres non linéaires qui contribuent à remplir efficacement la mission de base de droit public conformément à l'article 1.3. Les services à la demande en font partie. De telles offres ne peuvent être proposées qu'après élaboration d'un projet d'offres. Si les conditions de l'article 1.6 sont remplies, un examen préliminaire de la demande aura lieu conformément aux articles 1.6 à 1.8.

Les offres online suivantes ne peuvent mises à disposition dans le cadre de la mission de droit public :

- 1° les portails d'annonces, les annonces ou les petites annonces;
- 2° les registres et répertoires professionnels;
- 3° les portails comparatifs de prix ainsi que les programmes de calcul tels que les calculateurs de prix et calculateurs d'assurance;
- 4° les portails d'évaluation pour des services, des établissements et des produits, tant qu'il n'existe aucun rapport avec un programme concret ou un contenu concret de l'offre;
- 5° les sites de rencontre et de contact;
- 6° les bourses d'échange, dans la mesure où elles ne poursuivent pas un but de bienfaisance;
- 7° les réseaux d'affaires;
- 8° les services de télécommunications, y compris la fourniture d'accès;
- 9° les offres érotiques;
- 10° la facturation pour tiers;
- 11° les jeux de hasard et paris;
- 12° les offres de logiciels, dans la mesure où ceux-ci ne sont pas nécessaires pour exécuter sa propre offre;
- 13° les planificateurs d'itinéraire, sauf en rapport avec l'infotrafic;
- 14° le téléchargement de musique produite par des tiers à des fins commerciales;
- 15° les jeux et divertissements sans rapport avec les programmes ou l'offre;
- 16° les services de SMS, sauf ceux qui se rapportent à ses propres services de médias audiovisuels ou sont connexes aux programmes;
- 17° les services de recherche, sauf ceux qui se rapportent à ses propres services de médias audiovisuels;
- 18° les enchères en ligne, sauf les enchères non commerciales qui poursuivent des objectifs d'utilité publique;
- 19° l'e-commerce et l'e-banking;
- 20° les sonneries et les e-cartes;
- 21° le téléchargement de photos sans rapport avec les programmes;
- 22° les calendriers de manifestations, s'ils ne sont pas connexes à des offres au sens de l'article 1.4 et de l'article 1.5, alinéa 1^{er}, et ne constituent pas une offre complète et autonome;
- 23° les forums et les "chats";
- 24° les liens ne servant pas à élargir, compléter, approfondir ou expliquer son propre contenu, y compris celui d'entreprises détenues. Ces liens ne peuvent pas inciter directement à l'achat;
- 25° des offres s'adressant à une discipline ou à un groupe-cible et dépassant en forme et en contenu une offre d'intérêt général, tant qu'il ne s'agit pas d'offres connexes aux programmes, les offres poursuivant un but de bienfaisance étant en tout cas autorisées;
- 26° les portails de conseil sans rapport avec les programmes.

Les offres visant la diffusion ou la publication, par des utilisateurs, de contenus en rapport avec les programmes de radiodiffusion sonore ou télévisuelle retransmis sont autorisées lorsqu'il s'agit d'offres non permanentes accompagnées d'un rédactionnel. La condition pour que des utilisateurs publient des contenus dans de telles offres est qu'ils s'enregistrent en indiquant leurs nom, prénom(s) et adresse. L'enregistrement n'est valable que lorsque l'utilisateur a, sans contrainte et en connaissance de cause, expressément marqué son accord à l'utilisation de ses données pour le cas concret. En cas de suspicion fondée de données d'enregistrement incorrectes, le Centre invitera l'utilisateur, sous peine d'effacement du profil d'enregistrement, à prouver l'exactitude des données dans un délai raisonnable; le Centre exclura a priori l'enregistrement d'utilisateurs fournissant des données manifestement incorrectes. Les données transmises lors de l'enregistrement ne peuvent être utilisées à d'autres fins que celui-ci. A la demande de l'utilisateur, toutes les données seront effacées, y compris le profil d'enregistrement.

Art. 1.6. Un examen préliminaire de la mission aura lieu si le Centre envisage de proposer une nouvelle offre non linéaire au sens du deuxième alinéa.

Sont considérées comme nouvelles offres :

1° les services de médias audiovisuels au sens de l'article 1.2 organisés ou mis à disposition pour la première fois et se distinguant fondamentalement des services de médias audiovisuels que le Centre, au moment de l'examen préliminaire, fournit déjà conformément aux articles 1.2 à 1.4 ou

2° les services de médias audiovisuels au sens de l'article 1.2 qui existent déjà mais sont modifiés de telle manière que, selon toute probabilité, le programme ou l'offre modifié se distinguera fondamentalement du service de médias audiovisuels existant.

Des offres se distinguent fondamentalement au sens de l'alinéa 2, notamment :

1° lorsque, par leur contenu, leur disponibilité technique ou leur accessibilité, elles se distinguent fondamentalement des services de médias audiovisuels au sens de l'article 1.2 qui existent déjà ou

2° lorsqu'elles s'adressent à un groupe-cible fondamentalement différent de celui des services de médias audiovisuels au sens de l'article 1.2 qui existent déjà.

Sont notamment déterminants pour juger s'il existe une modification fondamentale au sens du troisième alinéa : le concept d'offre, s'il en existe un, les grilles de programmes, ainsi que les schémas de annuels de diffusion et d'offre.

Une nouvelle offre ne peut être fournie avant l'approbation conformément à l'article 1.8.

Art. 1.7. Pour l'examen préliminaire, le Centre établit une proposition de nouvelle offre contenant :

1° un concept d'offre;

2° une motivation détaillée des raisons pour lesquelles la nouvelle offre s'inscrit dans le cadre de l'objet social et semble pertinente pour remplir la mission de base de droit public et les missions spécifiques;

3° une présentation du financement de la nouvelle offre;

4° une présentation des répercussions que la nouvelle offre aurait, selon toute probabilité, en ce qui concerne la concurrence sur le marché pertinent pour l'offre en question et la diversité de l'offre proposée aux spectateurs, auditeurs ou utilisateurs.

Le Centre transmet la proposition de nouvelle offre au Conseil des médias de la Communauté germanophone et la rend facilement accessible sur son site Internet, directement et pour toute la durée de la consultation, en attirant l'attention sur le fait que toutes les personnes concernées par l'offre envisagée peuvent prendre position dans un délai raisonnable d'au moins deux semaines. Dans la mesure où elles ne contiennent pas de données confidentielles, les prises de position reçues sont publiées par le Centre sur son site Internet.

Si le Centre ne renonce pas à sa nouvelle offre, il transmet au Conseil des médias, au terme du délai visé au deuxième alinéa, la proposition, les prises de position et les modifications éventuellement apportées au projet d'offre en raison des prises de position et demande l'approbation de la nouvelle offre.

Le Conseil des médias peut demander à l'autorité fédérale de la concurrence de prendre position quant aux répercussions que la nouvelle offre aura, selon toute probabilité, en ce qui concerne la position concurrentielle d'autres entreprises de médias actives en Communauté germanophone.

Art. 1.8. Le Conseil des médias approuve la nouvelle offre dans les quatre semaines suivant la fin de la consultation mentionnée à l'article 1.7 si elle répond aux exigences de ce décret et :

1° qu'il faut s'attendre à ce que la nouvelle offre contribue à répondre aux besoins sociaux, démocratiques et culturels de la population et à remplir efficacement la mission de base de droit public, notamment à atteindre les objectifs mentionnés à l'article 1.3 et

2° qu'il ne faut pas s'attendre à ce que la nouvelle offre ait des répercussions négatives en ce qui concerne la concurrence sur le marché pertinent pour l'offre en question et la diversité de l'offre proposée aux spectateurs, auditeurs ou utilisateurs, ces répercussions étant sans commune mesure avec la manière dont la nouvelle offre contribue effectivement à remplir la mission de base de droit public.

Une approbation conformément au premier alinéa sera assortie de conditions si celles-ci sont nécessaires pour réduire à un niveau compatible avec l'alinéa 1^{er}, 2°, les répercussions négatives de la nouvelle offre, en ce qui concerne la concurrence sur le marché pertinent pour l'offre en question et la diversité de l'offre proposée aux spectateurs, auditeurs ou utilisateurs. Les conditions peuvent entre autres concerner l'équipement technique et la disponibilité de l'offre ainsi que les catégories de contenu couvertes par l'offre. Elles peuvent aussi être imposées pour garantir les promesses faites par le Centre à propos du contenu dans le cadre du concept d'offre. Les contenus concrets de la nouvelle offre ne peuvent être prescrits par le biais de conditions.

Dans le cadre de l'évaluation conformément aux alinéas 1^{er} et 2, le Conseil des médias tient compte notamment :

1° de l'offre existante s'inscrivant dans la mission de droit public;

2° de l'offre déjà proposée par d'autres entreprises de médias actives sur le marché et comparable à l'offre envisagée;

3° des exigences spécifiques et de la plus-value escomptée de la nouvelle offre face à d'autres offres comparables du marché des médias;

4° de la promotion éventuelle de la langue et de la culture allemande par la nouvelle offre ainsi que de la nécessité de disposer dans les domaines relevant du programme, conformément à l'article 1.3, alinéa 1^{er}, d'une offre médiatique spécifique à caractère régional si, selon toute probabilité, l'offre proposée par le Centre revêtira un tel caractère;

5° de répercussions positives éventuelles qu'aurait la nouvelle offre sur la concurrence, et ce en raison notamment du caractère novateur, au niveau journalistique ou technique, par rapport à des offres médiatiques existantes;

6° de répercussions positives éventuelles qu'aurait la nouvelle offre sur la diversité de l'offre proposée aux spectateurs, auditeurs et utilisateurs;

7° des prises de position communiquées conformément à l'article 1.7, alinéa 4.

Le Centre rend le concept d'offre et son approbation par le Conseil des médias facilement accessibles sur son site Internet, et ce pour toute sa durée de validité. »

Art. 8. Coopération avec d'autres organismes de radiodiffusion sonore et télévisuelle.

L'article 5 du même décret, modifié par le décret du 16 octobre 1995, est complété par la phrase suivante :

« Il assure en particulier une étroite coopération avec les autres organismes de radiodiffusion sonore et télévisuelle, belges ou étrangers. »

Art. 9. Associations d'art amateur et ensembles de musique de chambre.

L'article 2, § 1^{er}, 2^o, du décret du 28 juin 1988 relatif au classement et au subventionnement des associations d'art amateur et des ensembles de musique de chambre, modifié par le décret du 15 décembre 2008, est remplacé par ce qui suit :

« 2^o ne pas poursuivre de but lucratif; ».

Art. 10. Tourisme.

A l'article 1^{er} du décret du 23 novembre 1992 relatif aux habitations de vacances, chambres d'hôtes et "Bed and Breakfast", modifié par le décret du 27 avril 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1^o au point 1^{er}*bis*, les mots ". Chaque demandeur ne peut exploiter plus de 5 chambres d'hôtes" sont abrogés;

2^o au point 1^{er}*ter*, les mots ". Le propriétaire ne peut exploiter plus de cinq "Bed and Breakfast"; à la fois" sont abrogés.

Art. 11. Sport.

L'article 42, alinéa 1^{er}, du décret sur le sport du 19 avril 2004, est complété par un 5^o, rédigé comme suit :

« 5^o recommander au Gouvernement d'homologuer les diplômes délivrés dans le secteur sportif et de reconnaître l'équivalence d'autres diplômes, belges ou étrangers, délivrés dans le secteur sportif. »

CHAPITRE 3. — PROTECTION DES MONUMENTS

Art. 12. Régime spécial pour la zone de protection.

Dans le décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites, ainsi qu'aux fouilles, modifié par le décret du 15 mars 2010, il est inséré un article 8.1, rédigé comme suit :

« Article 8.1. Régime spécial pour la zone de protection.

§ 1^{er}. Aux classements sans zone de protection spéciale entrés en vigueur jusqu'au 31 décembre 2008, le Gouvernement peut ajouter une telle zone de protection.

Le projet d'arrêté portant enregistrement d'une zone de protection est soumis simultanément pour avis aux personnes et institutions suivantes :

1^o à la commission;

2^o au collège communal compétent pour publication par voie d'affichage et par insertion dans au moins un journal local et un toutes boîtes, dans les quinze jours calendrier de la réception de la communication, en mentionnant que toute observation doit lui parvenir dans un délai de quinze jours calendrier. Les observations doivent être adressées à la commune. Pendant toute la durée de l'affichage, le dossier complet peut être consulté auprès de l'administration communale qui se tient à disposition pour toute information complémentaire. Le collège communal transmet son rapport sur lesdites observations, en même temps que son avis, dans le délai prévu à l'alinéa 4;

La demande d'avis contient :

1^o les motifs justifiant l'enregistrement de la zone de protection;

2^o une description de la zone de protection;

3^o un plan cadastral avec délimitation du bien classé et de sa zone de protection;

4^o des photos actuelles.

Le délai pour remettre les différents avis est de soixante jours calendrier et débute à la date à laquelle l'arrêté portant enregistrement d'une zone de protection a été transmis. Si aucun avis n'est remis dans le délai imparti, la procédure peut être poursuivie.

§ 2. L'arrêté portant enregistrement d'une zone de protection comporte en annexe un plan de situation déterminant la zone de protection du bien classé.

Afin de satisfaire au devoir d'information conformément à l'article 13, § 2, alinéa 2, l'arrêté portant enregistrement d'une zone de protection est transmis au collège communal compétent.

Le collège communal informe les propriétaires des biens situés dans la zone de protection.

L'arrêté portant enregistrement d'une zone de protection est transmis, pour information, à la commission, au collège provincial, au Gouvernement de la Région wallonne ainsi qu'au propriétaire du bien classé.

§ 3. L'arrêté portant enregistrement de la zone de protection est enregistré au bureau des hypothèques. »

Art. 13. Sondages archéologiques ou fouilles.

Dans l'article 26, alinéa 2, du même décret, modifié par le décret du 15 mars 2010, les mots "à un site déterminé" sont remplacés par les mots "à une fouille ou un sondage archéologique déterminé".

Art. 14. Disposition pénale

L'article 43, alinéa 1^{er}, du même décret est complété par les 6^o et 7^o rédigés comme suit :

"6^o celui qui mène des sondages ou fouilles archéologiques sans l'autorisation prévue à l'article 26 ou en enfreignant les prescriptions de celle-ci;

7^o celui qui ne respecte pas le devoir d'information prévu à l'article 34."

Art. 15. Officiers de police judiciaire

A l'article 46 du même décret les modifications suivantes sont apportées :

1° au premier alinéa, le mot "verbalement" est abrogé et les mots "ou sans autorisation de fouille" sont insérés après les mots "sans ledit permis";

2° au deuxième alinéa, les mots "cinq jours" sont remplacés par les mots "sept jours calendrier".

CHAPITRE 4 - DISPOSITIONS DIVERSES

Art. 16. Infrastructure

Dans le chapitre Ier, section 1re, du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, modifié en dernier lieu par le décret du 15 mars 2010, il est inséré un article 3quater, rédigé comme suit :

"Art. 3quater - Partenariat public/privé

Lorsqu'un demandeur se rallie à un projet d'infrastructure du Gouvernement dans le cadre d'un partenariat public/privé, les modalités de sa participation financière sont réglées dans le cadre d'une convention. Ceci garantit que le demandeur ne devra pas supporter des frais supérieurs à ceux qu'ils devrait supporter en cas de subventionnement en vertu du présent décret."

Art. 17.- Présence équilibrée dans des organes consultatifs

L'article 5 du décret du 3 mai 2004 promouvant la présence équilibrée d'hommes et de femmes dans les organes consultatifs est remplacé par ce qui suit :

"Art. 5 - Rapport adressé au Parlement de la Communauté germanophone

La dernière année d'une législature, le Gouvernement soumet au Parlement de la Communauté germanophone un rapport relatif à l'application du présent décret."

Art. 18. Financement des communes.

L'article 11 du décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone est remplacé par ce qui suit :

« Art. 11. Montant.

§ 1^{er}. La dotation globale pour l'encouragement de base des associations culturelles, folkloriques, sportives et récréatives ainsi que des bibliothèques publiques s'élève à 428.000 EUR.

Ce montant est réparti comme suit entre les communes :

Commune	Associations culturelles et folkloriques	Associations sportives et récréatives	Bibliothèques publiques	Total
Ambève	15.500 EUR	15.000 EUR	11.000 EUR	41.500 EUR
Bullange	17.500 EUR	19.500 EUR	9.500 EUR	46.500 EUR
Burg-Reuland	16.500 EUR	4.000 EUR	4.500 EUR	25.000 EUR
Butgenbach	15.000 EUR	29.500 EUR	11.000 EUR	55.500 EUR
Eupen	18.500 EUR	55.000 EUR	17.000 EUR	90.500 EUR
La Calamine	11.500 EUR	25.000 EUR	6.000 EUR	42.500 EUR
Lontzen	5.000 EUR	8.000 EUR	1.000 EUR	14.000 EUR
Raeren	12.000 EUR	20.000 EUR	7.000 EUR	39.000 EUR
Saint-Vith	25.500 EUR	31.000 EUR	17.000 EUR	73.500 EUR
Total	137.000 EUR	207.000 EUR	84.000 EUR	428.000 EUR

Ces montants seront indexés chaque année à partir de l'année budgétaire 2010.

§ 2. La dotation pour les associations sportives et récréatives comprend 6.000 EUR pour la commune d'Eupen et 2.500 EUR pour la commune de Saint-Vith, et ce exclusivement pour soutenir les établissements pour personnes âgées implantés dans ces communes. »

Art. 19. Médiateur.

Dans l'article 2, alinéa 1^{er}, du décret du 26 mai 2009 instituant la fonction de médiateur pour la Communauté germanophone, les 4° à 6° sont abrogés.

Art. 20. Média.

A l'article 3 du même décret les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 2 est abrogé;

2° le § 3, qui devient le § 2, est remplacé par ce qui suit :

« § 2. Le médiateur n'est pas compétent pour traiter des réclamations relatives à des dispositions légales. »

Art. 2.1 Règlement budgétaire.

A l'article 65, § 1^{er}, alinéa 2, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, le mot "sans" est chaque fois remplacé par les mots "avec ou sans".

CHAPITRE 5. — DISPOSITIONS FINALES

Art. 22. Entrée en vigueur.

Le présent décret produit ses effets le 1^{er} janvier 2011, à l'exception :

1° de l'article 7, qui produit ses effets le 1^{er} novembre 2010;

2° de l'article 14, qui produit ses effets le 20 décembre 2010.

Art. 23. Disposition abrogatoire.

Sont abrogés :

1° l'arrêté de l'Exécutif du 18 septembre 1985 concernant le soutien d'initiatives contribuant à l'épanouissement de la vie familiale et au développement de la Santé publique;

2° l'arrêté de l'Exécutif du 23 août 1988 portant octroi d'un crédit d'encouragement aux services d'aide aux familles et aux personnes âgées;

3° l'arrêté de l'Exécutif du 23 août 1988 fixant la subsidiation des activités de coordination pour les services agréés d'aide aux familles et aux personnes âgées, modifié par les arrêtés des 17 décembre 1998 et 29 mars 2000;

4° l'arrêté de l'Exécutif du 23 août 1988 fixant la subsidiation de la formation continue pour les services agréés d'aide aux familles et aux personnes âgées, modifié par les arrêtés des 10 décembre 1997 et 17 décembre 1998;

5° l'arrêté de l'Exécutif du 23 août 1988 fixant les modalités de demande de subsides pour les services agréés d'aide aux familles et aux personnes âgées;

6° l'arrêté de l'Exécutif du 23 août 1988 fixant le forfait horaire de participation aux coûts salariaux et frais de fonctionnement des services agréés d'aide aux familles et aux personnes âgées, modifié par l'arrêté du 22 juin 2001.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 14 février 2011.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux

O. PAASCH,

Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi

Mme I. WEYKMANS,

Ministre de la Culture, des Médias et du Tourisme

H. MOLLERS,

Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

—
Note

Session 2010-2011.

Documents parlementaires : 60 (2010-2011), n° 1. Proposition de décret.

60 (2010-2011), n°^{OS} 2-4. Propositions d'amendement.

60 (2010-2011), n° 5. Rapport.

60 (2010-2011), n° 6. Propositions d'amendement au texte adopté par la commission.

Compte rendu intégral : 14 février 2011, n° 21. Discussion et vote.

—
VERTALING

—
MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2011 — 890

[2011/201349]

14 FEBRUARI 2011. — Programmadecreet 2011

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — PERSOONSGEBONDEN AANGELEGENHEDEN

Artikel 1. Fonds voor afbetaling van schulden.

In artikel 2 van het decreet van 14 december 1992 houdende inrichting van een Fonds voor afbetaling van schulden in de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het decreet van 29 april 1996, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt :

« Het fonds is bestemd om de uitgaven te dekken die voortvloeien uit de afbetaling van de schulden van particulieren of particuliere gezinnen en om de waarborg te dekken voor kredieten die in het kader van het begeleid sociaal krediet toegekend zijn. »

2° Artikel 2 wordt aangevuld met een lid, luidende :

« Per kalenderjaar kan de Regering in totaal een waarborg van maximaal 2.000 euro ten laste nemen voor alle begeleide sociale kredieten die zijn toegekend. »

Art. 2. Schuldbemiddeling en afbetaling van schulden.

Artikel 12 van het decreet van 29 april 1996 betreffende de schuldbemiddeling en de afbetaling van schulden wordt aangevuld met de volgende zin, luidende :

« De Verdelingscommissie verstrekt advies over de weigering of toekenning van een aanvraag om tegemoetkoming van het Fonds voor afbetaling van schulden. »

Art. 3. Niet-dringend ziekenvervoer.

In artikel 2 van het decreet van 4 juni 2007 betreffende het niet-dringend ziekenvervoer worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° § 1, derde lid, wordt vervangen als volgt :

« De erkenning geldt voor onbepaalde tijd. »

2° In § 4, eerste lid, worden de woorden "toekenning of" opgeheven.

Art. 4. Thuishulp.

Artikel 10 van het decreet van 16 februari 2009 betreffende de thuishulpdiensten en houdende oprichting van een consultatiebureau voor thuishulp, transmurale en stationaire hulp wordt vervangen als volgt :

« Art. 10. Subsidiëring.

§ 1. De Regering bepaalt binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen het bedrag van de subsidie, de voorwaarden voor de subsidiëring en de nadere regels volgens welke de thuishulpdiensten hun taken vervullen.

Om de subsidiëring van de in artikel 9 vermelde hulp vast te leggen, kan de Regering jaarlijkse forfaitaire bedragen of jaarlijkse urencontingenten bepalen voor de dienstverleningsuren die bij de gebruiker moeten worden gepresteerd. Bij het vastleggen van het bedrag van de subsidie wordt rekening gehouden met de geschatte ontvangsten van de dienst.

Het forfaitaire bedrag kan betrekking hebben op alle kosten van de organisatie of op bepaalde personeels- en/of werkingskosten van de organisatie.

§ 2. Indien urencontingenten zijn vastgelegd, wordt de subsidie voor de betrokken hulp berekend door de vastgelegde contingenten te vermenigvuldigen met een door de Regering vastgelegd urenforfait. Het urenforfait voor de betrokken hulp heeft betrekking op alle kosten van de organisatie die verband houden met de hulp.

Indien nodig kan de Regering de jaarlijkse urencontingenten in de loop van het betrokken jaar wijzigen.

§ 3. Indien de gesubsidieerde dienst in een kalenderjaar het met toepassing van § 2 vastgelegde urencontingent niet bereikt of de kosten voor het met toepassing van § 1 vastgelegde forfaitaire bedrag niet kan bewijzen, vordert de Regering het bedrag van elk niet-gepresteerd uur of van alle niet-bewezen kosten in het daaropvolgende jaar terug of verrekenet ze dat bedrag met de subsidie voor het daaropvolgende kalenderjaar. »

HOOFDSTUK 2. — CULTURELE AANGELEGENHEDEN

Art. 5. BRF.

Artikel 1, derde lid, van het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgische Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap wordt opgeheven.

Art. 6. Beheersverdrag met het BRF.

Artikel 1bis van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 16 oktober 1995 en gewijzigd bij de decreten van 3 februari 2003 en 8 november 2004, wordt vernummerd tot artikel 1.9.

Art. 7. Opdracht van het BRF.

Na artikel 1 van hetzelfde decreet worden acht nieuwe artikelen ingevoegd. Het gaat om de artikelen 1.1 tot 1.8, luidende :

« Art. 1.1 - Het Centrum is belast met de volgende taken :

1° het organiseren van lineaire audiovisuele mediadiensten;

2° het aanbieden van niet-lineaire audiovisuele mediadiensten die verband houden met de activiteit vermeld in de bepaling onder 1°;

3° het beheren van de technische voorzieningen die noodzakelijk zijn om lineaire audiovisuele mediadiensten te organiseren of niet-lineaire audiovisuele mediadiensten aan te bieden;

4° alle handelsovereenkomsten sluiten en alle maatregelen nemen die noodzakelijk zijn voor de activiteiten vermeld in de bepalingen onder 1° tot 3° of voor de commercialisering daarvan.

Art. 1.2. Overeenkomstig de technische ontwikkeling en de economische haalbaarheid zorgt het Centrum ervoor dat, wat de kwaliteit van de programma's en van de ontvangst betreft, gelijkmatig en permanent twee lineaire klankdiensten en één lineaire televisiedienst worden aangeboden aan alle inwoners van het Duitse taalgebied. Voorts zorgt het Centrum ervoor dat aan de Duitstalige bewoners buiten het Duitse taalgebied minstens één lineaire klankdienst en één lineaire televisiedienst worden aangeboden. Tot zijn opdracht van openbare dienstverlening behoort ook het beschikbaar stellen van niet-lineaire mediadiensten die verband houden met lineaire mediadiensten overeenkomstig artikel 1.4.

Art. 1.3. Via alle mediadiensten die overeenkomstig artikel 1.2 worden verbreid, heeft het Centrum de volgende kernopdracht :

1° de bevolking uitvoerig informeren over alle belangrijke politieke, sociale, economische, culturele en sportonderwerpen;

2° het begrip bevorderen voor alles wat te maken heeft met een democratische samenleving;

3° de identiteit van de Duitstalige Gemeenschap bevorderen in het licht van de Europese geschiedenis en de Europese integratie;

4° het begrip voor de Europese integratie bevorderen;

5° cultuur, kunst, taal en wetenschap bijbrengen en bevorderen;

6° op passende wijze rekening houden met de kunstzinnige en creatieve productie in de Duitstalige Gemeenschap en die productie op passende wijze bevorderen;

7° een veelzijdig cultureel aanbod verstrekken;

8° amusementsprogramma's aanbieden;

9° op passende wijze rekening houden met alle leeftijdscategorieën;

10° op passende wijze rekening houden met de wensen van gehandicapten, waartoe ook sensibilisering behoort inzake integratie van gehandicapten in de maatschappij en op het werk;

11° op passende wijze rekening houden met de wensen van gezinnen en kinderen, alsook met de gelijke behandeling van mannen en vrouwen;

12° op passende wijze rekening houden met het gewicht van de verschillende erkende erediensten en erkende niet-confessionele levensbeschouwelijke gemeenschappen;

13° jongeren-, school- en volwasseneneducatie verspreiden en bevorderen, alsook mediacompetentie bevorderen;

14° informeren over gezondheid, natuur-, milieu- en consumentenbescherming en daarbij het inzicht in de duurzaamheidsbeginselen bevorderen;

15° de bevolking meer belangstelling doen krijgen om zelf aan sport te doen;

16° informeren over de betekenis, functie en taken van de Duitstalige Gemeenschap;

17° het inzicht in economische, sociale, ecologische en culturele samenhangen bevorderen;

18° op passende wijze rekening houden met sociale en humanitaire activiteiten en die activiteiten op passende wijze bevorderen.

Ter vervulling van zijn opdracht stelt het Centrum iedereen een gedifferentieerd aanbod aan informatie, cultuur, ontspanning en sport ter beschikking. Het aanbod is gericht op de diverse interesses van alle luisteraars en kijkers en houdt er op evenwichtige wijze rekening mee. De bijdragen tot het totale programma staan in evenredige verhouding tot elkaar.

Art. 1.4. Ter vervulling van zijn publiekrechtelijke kernopdracht overeenkomstig artikel 1.3. stelt het Centrum ook een niet-lineair aanbod ter beschikking dat vooral inhouden omvat die uitzendingen begeleiden en in rechtstreekse samenhang staan met zijn lineaire mediadiensten. Dat niet-lineaire aanbod omvat overeenkomstig de technische ontwikkeling en de economische haalbaarheid :

1° informatie over het Centrum en zijn overeenkomstig artikel 1.2 georganiseerde lineaire audiovisuele mediadiensten en aangeboden niet-lineaire audiovisuele mediadiensten;

2° een nieuwsoverzicht van de dag;

3° een dienst op aanvraag voor programma's die via de in artikel 1.2 vermelde lineaire audiovisuele mediadiensten worden uitgezonden.

Art. 1.5. Overeenkomstig de technische ontwikkeling en de economische haalbaarheid stelt het Centrum, naast het aanbod in de zin van artikel 1.4, andere niet-lineaire mediadiensten ter beschikking die een werkzame bijdrage leveren om de publiekrechtelijke kernopdracht in de zin van artikel 1.3 te vervullen. Daartoe behoren ook de diensten op aanvraag. Zulke mediadiensten mogen eerst worden aangeboden nadat een aanbodconcept is opgesteld. Als aan de voorwaarden van artikel 1.6 is voldaan, vindt overeenkomstig de artikelen 1.6 tot 1.8 een voorafgaand onderzoek plaats.

Volgende onlinediensten mogen niet ter beschikking gesteld worden in het kader van de publiekrechtelijke opdracht :

1° advertentieportalen, advertenties of kleine advertenties;

2° beroepenregisters en beroepengidsen;

3° prijsvergelijkingsportalen, alsook berekeningsprogramma's zoals programma's om prijzen en verzekeringen te berekenen;

4° portalen voor de evaluatie van dienstverleningen, instellingen en producten, voor zover ze geen verband houden met een concreet programma of de concrete inhoud van een aangeboden mediadienst;

5° partner- en contactbeurzen;

6° ruilbeurzen, voor zover ze geen liefdadigheidsdoelstelling hebben;

7° businessnetwerken;

8° telecommunicatiediensten, met inbegrip van toegangsaanbieding;

9° erotisch aanbod;

10° het factureren voor derden;

11° kansspelen en weddenschappen;

12° softwarediensten, voor zover ze niet nodig zijn om de eigen mediadiensten te gebruiken;

13° routepanners, behalve in samenhang met verkeersinformatie;

14° muziekdownload van commerciële niet-eigen producties;

15° spel- en amusementsaanbod dat geen verband houdt met de programma's of het aanbod;

16° sms-diensten, met uitzondering van sms-diensten die betrekking hebben op eigen audiovisuele mediadiensten of bij een programma horen;

17° zoekdiensten, met uitzondering van zoekdiensten die betrekking hebben op de eigen audiovisuele mediadiensten;

18° onlineveilingen, met uitzondering van niet-commerciële veilingen voor doeleinden van algemeen belang;

19° e-commerce en e-banking;

20° beltonen en e-cards;

21° het downloaden van foto's die geen verband houden met een uitzending;

22° activiteitenkalenders, voor zover ze niet bij aangeboden diensten horen in de zin van artikel 1.4 en artikel 1.5, eerste lid, en geen autonoom en volledig aanbod vormen;

23° fora en chats;

24° links die niet dienen om eigen inhoud - ook inhoud van deelnemende ondernemingen - te verspreiden, aan te vullen, te verdiepen of te verduidelijken. Die links mogen niet rechtstreeks aanzetten tot kopen;

25° een vak- of doelgroepgericht aanbod dat qua vorm en inhoud verder reikt dan een aanbod van algemeen belang, voor zover het niet gaat om een aanbod dat bij een uitzending hoort; een aanbod voor liefdadigheidsdoeleinden is in elk geval toegestaan;

26° adviesportalen die geen verband houden met de uitzendingen.

Diensten waarmee gebruikers inhouden kunnen meedelen of bekendmaken die inhoudelijk verband houden met uitgezonden geluids- of televisieprogramma's zijn toegestaan, indien het om een niet-permanent aanbod gaat dat redactioneel begeleid wordt. In zulke aangeboden diensten kan een gebruiker alleen inhouden bekendmaken indien hij geregistreerd is met vermelding van zijn naam, voornaam en adres. De registratie is alleen geldig wanneer de gebruiker, zonder dwang en met kennis van zaken, voor het concrete geval uitdrukkelijk toestemming heeft gegeven om zijn gegevens te gebruiken. Wanneer er duidelijk reden is om te vermoeden dat de registratiegegevens onjuist zijn, maant

het Centrum de gebruikers aan om de juistheid van de gegevens binnen een redelijke termijn te bewijzen omdat het registratieprofiel anders wordt gewist en weigert a priori de registratie van gebruikers van wie de gegevens kennelijk onjuist zijn. De gegevens die bij de registratie worden meegedeeld, mogen niet voor andere doeleinden dan de registratie worden gebruikt. Op verzoek van de gebruiker worden alle gegevens, met inbegrip van het registratieprofiel, gewist.

Art. 1.6. Er wordt een voorafgaand onderzoek uitgevoerd wanneer het Centrum van plan is om een nieuw niet-lineair aanbod in de zin van het tweede lid aan te bieden.

Als nieuw aanbod worden beschouwd :

1° audiovisuele mediadiensten in de zin van artikel 1.2 die voor het eerst georganiseerd of ter beschikking gesteld worden en zich wezenlijk onderscheiden van de audiovisuele mediadiensten die het Centrum op grond van de artikelen 1.2 tot 1.4 reeds op het tijdstip van het voorafgaand onderzoek aanbiedt of

2° bestaande audiovisuele mediadiensten in de zin van artikel 1.2 die zo gewijzigd worden dat het gewijzigde programma of aanbod zich naar alle waarschijnlijkheid wezenlijk van de bestaande audiovisuele mediadienst zal onderscheiden.

Er is inzonderheid een wezenlijk onderscheid in de zin van het tweede lid :

1° wanneer het aanbod zich qua inhoud, vorm van technische beschikbaarheid of vorm van toegang wezenlijk onderscheidt van de bestaande audiovisuele mediadiensten in de zin van artikel 1.2 of

2° wanneer het aanbod gericht is tot een wezenlijk andere doelgroep dan die van de bestaande audiovisuele mediadiensten in de zin van artikel 1.2.

Doorslaggevend om te bepalen of er sprake is van een wezenlijke wijziging in de zin van het derde lid zijn in het bijzonder het aanbodconcept, indien dat bestaat, de programmaplanning en de jaarschema's van de uitzendingen en van de aangeboden diensten.

Een nieuw aanbod mag eerst worden aangeboden nadat het overeenkomstig artikel 1.8 is goedgekeurd.

Art. 1.7. Voor het voorafgaande onderzoek werkt het Centrum een voorstel voor een nieuw aanbod uit met de volgende inhoud :

1° een aanbodconcept;

2° een uitvoerige motivering waarin staat waarom het nieuwe aanbod aan het doel van de onderneming beantwoordt en nuttig lijkt om de publiekrechtelijke kernopdracht en de bijzondere opdrachten doeltreffend te vervullen;

3° een voorstelling van de financiering van het nieuwe aanbod;

4° een voorstelling van de uitwerkingen die het nieuwe aanbod naar alle waarschijnlijkheid zal hebben op de mededinging op de markt die voor het aanbod in kwestie relevant is, alsook op de keuzevrijheid voor de kijkers, luisteraars of gebruikers.

Het Centrum bezorgt het voorstel voor het nieuwe aanbod aan de Mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap en plaatst het onmiddellijk op zijn website waar het makkelijk kan worden gevonden en tijdens de hele duur van de raadpleging kan worden ingekeken. Daarbij wordt erop gewezen dat iedereen voor wie het geplande aanbod bestemd is, binnen een redelijke termijn van minstens twee weken opmerkingen kan maken. Het Centrum maakt de ingekomen opmerkingen, voor zover ze geen vertrouwelijke gegevens bevatten, bekend op zijn website.

Voor zover het Centrum niet van het nieuwe aanbod afziet, bezorgt het het voorstel, de opmerkingen en de eventuele wijzigingen die op basis van de opmerkingen in het aanbodconcept zijn aangebracht, na het verstrijken van de termijn bedoeld in het tweede lid aan de Mediaraad en vraagt de goedkeuring van het nieuwe aanbod aan.

De Mediaraad kan de federale mededingingsautoriteiten vragen om een standpunt in te nemen over de uitwerkingen die het nieuwe aanbod naar alle waarschijnlijkheid zal hebben op de concurrentiepositie van andere media-ondernemingen die in de Duitstalige Gemeenschap werkzaam zijn.

Art. 1.8. De Mediaraad keurt het nieuwe aanbod goed binnen vier weken na het verstrijken van de raadpleging vermeld in artikel 1.7 wanneer het voldoet aan de voorschriften van dit decreet en :

1° wanneer te verwachten valt dat het nieuwe aanbod ertoe bijdraagt om te voorzien in de sociale, democratische en culturele behoeften van de bevolking en om de publiekrechtelijke kernopdracht doeltreffend te vervullen, in het bijzonder om de doelstellingen vermeld in artikel 1.3 te bereiken en

2° wanneer niet te verwachten valt dat het nieuwe aanbod negatieve uitwerkingen zal hebben op de concurrentiepositie op de markt die voor het aanbod in kwestie relevant is en op de keuzevrijheid voor de kijkers, luisteraars en gebruikers, die onevenredig zijn in vergelijking met de bijdrage die het nieuwe aanbod levert om de publiekrechtelijke kernopdracht te vervullen.

Aan de goedkeuring in de zin van het eerste lid worden voorwaarden verbonden, voor zover die noodzakelijk zijn om de uitwerkingen van het nieuwe aanbod op de mededinging op de markt die voor het aanbod in kwestie relevant is of op de keuzevrijheid voor de kijkers, luisteraars en gebruikers te beperken tot een peil dat verenigbaar is met het eerste lid, 2°. De voorwaarden kunnen onder meer betrekking hebben op de technische uitrusting en beschikbaarheid van het aanbod en de inhoudelijke categorieën van het aanbod. Ze kunnen ook worden opgelegd ter waarborging van de inhoudelijke beloften die het Centrum in het kader van het aanbodconcept heeft gemaakt. Concrete inhouden van het nieuwe aanbod mogen niet worden voorgeschreven in de vorm van voorwaarden.

In het kader van de beoordeling overeenkomstig het eerste en het tweede lid houdt de Mediaraad in het bijzonder rekening met :

1° het bestaande aanbod dat binnen de publiekrechtelijke opdracht valt;

2° het bestaande, met het geplande aanbod vergelijkbare aanbod van andere mediabedrijven die op de markt van de media werkzaam zijn;

3° de bijzondere eisen en een daardoor te verwachten meerwaarde van het nieuwe aanbod ten aanzien van het voor het overige vergelijkbare aanbod op de markt van de media;

4° een eventuele bevordering van de Duitse taal en de Duitse door het nieuwe aanbod, alsook de noodzaak om in de programmering overeenkomstig artikel 1.3, eerste lid, over een specifiek media-aanbod met een regionaal karakter te beschikken, voor zover het door het Centrum voorgestelde aanbod naar alle waarschijnlijkheid een regionaal karakter zal hebben;

5° eventuele positieve gevolgen die het nieuwe aanbod voor de mededinging zou kunnen hebben, in het bijzonder wegens zijn, in vergelijking met het bestaande media-aanbod, innovatief karakter op het gebied van journalistiek of techniek;

6° eventuele positieve gevolgen die het nieuwe aanbod zou kunnen hebben op de keuzevrijheid voor de kijkers, luisteraars en gebruikers;

7° de opmerkingen overeenkomstig artikel 1.7, vierde lid.

Het Centrum zorgt ervoor dat het aanbodconcept en de goedkeuring ervan door de Mediaraad gemakkelijk terug te vinden is op zijn website en tijdens de hele geldigheidsduur kan worden ingekeken. »

Art. 8. Samenwerking met andere radio- en televisieomroepen.

Art. 65. Artikel 5 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 16 oktober 1995, wordt aangevuld met de volgende zin :

« Het zorgt in het bijzonder voor nauwe samenwerking met de andere Belgische en buitenlandse radio- en televisieomroepen. »

Art. 9. Amateurkunstverenigingen en kamermuziekensembles.

Artikel 2, § 1, 2°, van het decreet van 28 juni 1988 betreffende de classificatie en subsidiëring van amateurkunstverenigingen en kamermuziekensembles, gewijzigd bij het decreet van 15 december 2008, wordt vervangen als volgt :

« 2° geen winsttoegmerk beogen; ».

Art. 10. Toerisme.

In artikel 1 van het decreet van 23 november 1992 betreffende de vakantiewoningen, gastenkamers en bed and breakfast, gewijzigd bij het decreet van 27 april 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder *1bis* worden de woorden ". Per aanvrager mogen er niet meer dan vijf gastenkamers worden uitgebaat" opgeheven;

2° in de bepaling onder *1ter* worden de woorden « . Per eigenaar mogen er niet meer dan vijf verblijven van het type "Bed and Breakfast" worden uitgebaat » opgeheven.

Art. 11. Sport.

Artikel 42, eerste lid, van het sportdecreet van 19 april 2004 wordt aangevuld met een bepaling onder 5°, luidende :

« 5° de Regering aan te bevelen om sportdiploma's te homologeren en de gelijkwaardigheid van andere, Belgische of buitenlandse, sportdiploma's te erkennen. »

HOOFDSTUK 3. — MONUMENTENZORG

Art. 12. Bijzondere regeling voor het beschermingsgebied.

In het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en landschappen en betreffende de opgravingen, gewijzigd bij het decreet van 15 maart 2010, wordt een artikel 8.1 ingevoegd, luidende :

« Artikel 8.1. Bijzondere regeling voor het beschermingsgebied

§ 1. De Regering kan een beschermingsgebied toevoegen aan rangschikkingen waarvoor geen specifiek beschermingsgebied is vastgelegd en die tot 31 december 2008 in werking zijn getreden.

Het ontwerp van besluit houdende opname van een beschermingsgebied wordt tegelijkertijd om advies voorgelegd aan de volgende personen en instellingen :

1° de commissie;

2° het bevoegde gemeentecollege voor bekendmaking door aanplakking en door publicatie in ten minste een dagblad en een huis-aan-huis-blad binnen vijftien kalenderdagen na de ontvangst van de mededeling, met vermelding dat de opmerkingen binnen een termijn van vijftien kalenderdagen moeten worden meegedeeld. De opmerkingen moeten aan de gemeente worden gericht. Tijdens de hele duur van de aanplakking ligt het volledige dossier ter inzage bij het gemeentebestuur, dat voor elke verdere inlichting ter beschikking staat. Het gemeentecollege doet zijn verslag over de opmerkingen samen met zijn advies toekomen binnen de termijn voorgeschreven in het vierde lid.

De adviesaanvraag bevat :

1° de redenen voor de opname als beschermingsgebied;

2° een beschrijving van het beschermingsgebied;

3° een kadasterplan met afbakening van het beschermde goed en van het daarbij horende beschermingsgebied;

4° actuele foto's.

De termijn waarbinnen de verschillende adviezen moeten worden uitgebracht, bedraagt 60 kalenderdagen en gaat in op de datum waarop het besluit houdende opname van een beschermingsgebied overgezonden is. Indien binnen die termijn geen advies binnenkomt, kan de procedure voortgezet worden.

§ 2. Het besluit houdende opname van een beschermingsgebied bevat als bijlage een situatieplan waarin het beschermingsgebied van het beschermde goed wordt bepaald.

Ter vervulling van de informatieplicht voorgeschreven bij artikel 13, § 2, tweede lid, wordt het besluit houdende opname van een beschermingsgebied aan het bevoegde gemeentecollege overgezonden.

Het gemeentecollege informeert de eigenaars van de goederen die in het beschermingsgebied liggen.

Het besluit houdende opname van een beschermingsgebied wordt ter kennisgeving overgezonden aan de commissie, het provinciecollege, de Regering van het Waalse Gewest en de eigenaar van het beschermde goed.

§ 3. Het besluit houdende opname van het beschermingsgebied wordt op het hypotheekkantoor ingeschreven."

Art. 13. Archeologische peilingen of opgravingen.

In artikel 26, tweede lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 15 maart 2010, wordt het woord "vindplaats" vervangen door de woorden "opgraving of archeologische peiling".

Art. 14. Strafbepaling.

Artikel 43, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met de volgende bepalingen onder 6° en 7°, luidende :
« 6° wie archeologische peilingen of opgravingen uitvoert zonder de in artikel 26 bedoelde machtiging te hebben verkregen of in overtreding van de voorschriften ervan;

7° wie de in artikel 34 bedoelde informatieplicht niet nakomt. »

Art. 15. Officieren van gerechtelijke politie.

In artikel 46 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid wordt als volgt gesteld : "De in artikel 44 bedoelde ambtenaren en beambten kunnen ter plaatse de staking van de werken, van het gebruik van het gebouw of van handelingen gelasten wanneer zij vaststellen dat deze niet in overeenstemming met de verleende vergunning zijn of zonder erfgoedvergunning resp. zonder opgravingsmachtiging worden uitgevoerd. De eventuele kosten die de betrokkene daartoe heeft gemaakt, worden niet vergoed.";

2° in het tweede lid worden de woorden "vijf dagen" vervangen door de woorden "zeven kalenderdagen".

HOOFDSTUK 4. — DIVERSE BEPALINGEN

Art. 16. Infrastructuur.

In het decreet betreffende de infrastructuur van 18 maart 2002, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 15 maart 2010, wordt hoofdstuk I, afdeling 1, aangevuld met een artikel *3quater*, luidende :

« Art. *3quater*. Publiek-privaat partnerschap.

Wanneer een aanvrager zich in het kader van een publiek-privaat partnerschap aansluit bij een infrastructuurproject van de Regering, worden de nadere regels betreffende zijn financiële participatie geregeld in het kader van een overeenkomst. Daarbij wordt gewaarborgd dat voor de aanvrager geen hogere kosten ontstaan dan die welke zouden ontstaan in geval van een subsidiëring krachtens dit decreet. »

Art. 17. Evenwichtige vertegenwoordiging in adviesorganen.

Artikel 5 van het decreet van 3 mei 2004 tot bevordering van de evenwichtige vertegenwoordiging van mannen en vrouwen in adviesorganen wordt vervangen als volgt :

« Art. 5. Verslag aan het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap.

In elk laatste jaar van een regeerperiode dient de Regering een verslag over de toepassing van dit decreet in bij het Parlement. »

Art. 18. Financiering van de gemeenten.

Artikel 11 van het decreet van 15 december 2008 betreffende de financiering van de gemeenten en van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn door de Duitstalige Gemeenschap wordt vervangen als volgt :

« Art. 11. Bedrag.

§ 1. De totale dotatie voor de basisondersteuning voor cultuur-, folklore-, sport- en vrijetijdsverenigingen alsook openbare bibliotheken bedraagt 428.000 EUR.

Dat bedrag wordt als volgt onder de gemeenten verdeeld :

Gemeente	Cultuur- en folkloerverenigingen	Sport- en vrijetijdsverenigingen	Openbare Bibliotheken	Totaal
Amel	15.500 EUR	15.000 EUR	11.000 EUR	41.500 EUR
Büllingen	17.500 EUR	19.500 EUR	9.500 EUR	46.500 EUR
Burg-Reuland	16.500 EUR	4.000 EUR	4.500 EUR	25.000 EUR
Bütgenbach	15.000 EUR	29.500 EUR	11.000 EUR	55.500 EUR
Eupen	18.500 EUR	55.000 EUR	17.000 EUR	90.500 EUR
Kelmis	11.500 EUR	25.000 EUR	6.000 EUR	42.500 EUR
Lontzen	5.000 EUR	8.000 EUR	1.000 EUR	14.000 EUR
Raeren	12.000 EUR	20.000 EUR	7.000 EUR	39.000 EUR
St. Vith	25.500 EUR	31.000 EUR	17.000 EUR	73.500 EUR
Totaal	137.000 EUR	207.000 EUR	84.000 EUR	428.000 EUR

Vanaf het begrotingsjaar 2010 worden deze bedragen jaarlijks geïndexeerd.

§ 2. De dotatie voor sport- en vrijetijdsverenigingen omvat voor de gemeente Eupen 6.000 EUR en voor de gemeente Sankt Vith 2.500 EUR die uitsluitend bestemd zijn voor de ondersteuning van bejaardentehuizen in die gemeenten.”

Art. 19. Ombudsman.

In artikel 2, eerste lid, van het decreet van 26 mei 2009 tot instelling van het ambt van ombudsman voor de Duitstalige Gemeenschap worden de bepalingen onder 4° tot 6° opgeheven.

Art. 20. Ombudsman.

In artikel 3 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° § 2 wordt opgeheven;

2° § 3, die § 2 wordt, wordt vervangen als volgt :

« § 2. De ombudsman is niet bevoegd om klachten inzake wettelijke bepalingen te behandelen. »

Art. 21. Financieel reglement.

In artikel 65, § 1, tweede lid, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap wordt het woord “zonder” telkens vervangen door de woorden “met of zonder”.

HOOFDSTUK 5. — *SLOTBEPALINGEN*

Art. 22. Inwerkingtreding.

Dit decreet heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2011, met uitzondering van :

1° artikel 7, dat uitwerking heeft met ingang van 1 november 2010;

2° artikel 14, dat uitwerking heeft met ingang van 20 december 2010.

Art. 23. Opheffingsbepaling.

Volgende regelingen worden opgeheven :

1° het besluit van de Executieve van 18 september 1985 betreffende de ondersteuning van initiatieven die tot de ontplooiing van het gezinsleven en de bevordering van de gezondheidszorg bijdragen;

2° het besluit van de Executieve van 23 augustus 1988 houdende verlening van een bevorderingskrediet ten gunste van de diensten voor gezins- en bejaardenhulp;

3° het besluit van de Executieve van 23 augustus 1988 tot vastlegging van de subsidiëring van coördinatieactiviteiten ten gunste van erkende diensten voor gezins- en bejaardenhulp, gewijzigd bij de besluiten van 17 december 1998 en 29 maart 2000;

4° het besluit van de Executieve van 23 augustus 1988 tot vastlegging van de subsidiëring van de voortdurende vorming ten gunste van de erkende diensten voor gezins- en bejaardenhulp, gewijzigd bij de besluiten van 10 december 1997 en 17 december 1998;

5° het besluit van de Executieve van 23 augustus 1988 tot vastlegging der modaliteiten van de aanvraag om subsidies door erkende diensten voor gezins- en bejaardenhulp;

6° het besluit van de Executieve van 23 augustus 1988 tot vastlegging van het forfaitaire uurbedrag van de tegemoetkoming in de loon- en werkingskosten van de erkende diensten voor gezins- en bejaardenhulp, gewijzigd bij het besluit van 22 juni 2001.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 14 februari 2011.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President, Minister van Lokale Besturen

O. PAASCH,

Minister van Onderwijs, Opleiding en Werkgelegenheid

Mevr. I. WEYKMANS,

Minister van Cultuur, Media en Toerisme

H. MOLLERS,

Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

—
Nota

Zitting 2010-2011.

Parlementaire stukken : 60 (2010-2011), nr. 1. Voorstel van decreet.

60 (2010-2011), nr. 2-4. Voorstellen tot wijziging.

60 (2010-2011), nr. 5. Verslag.

60 (2010-2011), nr. 6. Voorstellen tot wijziging van de door de commissie aangenomen tekst.

Integraal verslag : 14 februari 2011, nr. 21. Bespreking en aanneming.